

Volks-Zeitung



Ein Torpedo kurz nach Verlassen des Rohres

Mit „Unterhaltungs-Blatt“
 Moden-Zeitung Sport-Zeitung
 Film-Zeitung Haus u. Garten-Ztg
 Techn.-Zeitung Witzblatt „ULK“
 BERLIN SEHR UNSICHER
 2 MAL TÄGLICH = 60 PFG. WÖCHENTLICH



Abgeschnitten worden Strassen gebaut

Wieder Tumulte im Stadtparlament Baldwin siegt / Schwere Heimwehr-Krawalle

CURTIUS MAHNT PRAG

Gegen deutschfeindliche Kundgebungen und Massnahmen

In der gestrigen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses des Reichsrats hat der Reichsminister des Auswärtigen Dr. Curtius über die Völkerbundstagung in Genf eingehend berichtet. Weiter gab der Reichsaussenminister auf eine Anfrage des sächsischen Reichsratsbevollmächtigten Dr. Gradnauer über die deutschfeindlichen Kundgebungen in Prag und den Boykott deutscher Tonfilme eine Erklärung ab, in der es heisst:

„Die Vorgänge in Prag haben das deutsche Volk mit Recht erregt und empört. Erfolge deutscher Tonfilme waren Anlass zu wüsten Demonstrationen und Ausschreitungen gegen deutsche Kunst, gegen das Deutschland überhaupt. Die Boykottbewegung gegen den deutschen Tonfilm ist vom Magistrat der Stadt Prag und dem grössten Teil der tschechoslowakischen Presse gebilligt worden.“

Unmittelbar nach den ersten Demonstrationen hat der deutsche Gesandte in Prag bei der dortigen Regierung interveniert. Ich habe in Genf den tschechoslowakischen Aussenminister Dr. Benesch auf die ersten Folgen der Vorgänge hingewiesen. Mit Genugtuung kann ich feststellen,

„dass die für die tschechoslowakische Aussenpolitik verantwortlichen Stellen die Ausschreitungen vorbehaltlos missbilligt haben.“

Der tschechoslowakische Aussenminister Dr. Benesch hat sie auch in seinen Erklärungen vor dem Auswärtigen Ausschuss des Prager Parlaments auf das schärfste verurteilt. Ich begrüsse diese Erklärungen im Interesse guter nachbarlicher Beziehungen zur Tschechoslowakei.

Leider ist ihnen nicht die Wiederaufführung deutscher Tonfilme in Prag gefolgt. Darin liegt eine

schwere Benachteiligung deutscher Kunsterzeugnisse.

Dieser Zustand hat selbstverständlich Rückwirkungen in Deutschland zur Folge. Gleich nach den deutschfeindlichen Kundgebungen haben deutsche Künstler ihr Auftreten in Prag abgesagt, deutsche Sportvereine ihre Mitwirkung an Sportveranstaltungen abgelehnt, deutsche Kunststätten gegenüber tschechoslowakischen Künstlern, die die grösseren Resonanzmöglichkeiten Deutschlands für sich nutzbar zu machen wünschen, kühle Zurückhaltung geübt. Diese Haltung deutscher Kunst- und deutscher Sportkreise war bei der ganzen Sachlage selbstverständlich. Sie wird solange weiter dauern, bis eine Änderung in Prag zu beobachten ist. In der Tat

verträgt es sich nicht mit der Würde der deutschen Kultur,

ihre Leistungen in einem Lande zu zeigen, in dem soeben aus Deutschhass eine deutsche Kunststätte, wie das Deutsche Theater in Prag, böswillig beschädigt worden ist. Es vertritt sich ebensowenig mit der Würde der deutschen Kultur, den Kunstwerken von Angehörigen eines Volkes besondere Förde-

rung und Pflege angedeihen zu lassen, in deren Hauptstadt die Vorführung deutscher Kunsterzeugnisse durch Terrorakte verhindert wird. Es vertritt sich auch nicht mit der Würde des deutschen Sports, sich in Wettkämpfe mit den Sportverbänden eines Volkes einzulassen, bei dem die Deutschfeindlichkeit gewisser Kreise so offen zutage tritt.

Solche Feststellungen sind schmerzlich. Die deutsche Aussenpolitik muss eine baldige Aenderung dieser Verhältnisse wünschen. Sie erwartet im Interesse des kulturellen Austausches mit dem Nachbarvolk, mit dem sie gute Beziehungen weiterpflegen möchte, dass in Prag und der tschechischen Bevölkerung die Würde der deutschen Kultur und die Bedeutung des Deutschentums nicht länger verkannt werden.“

Die deutschfeindlichen Akte in Prag beanspruchten eine deutliche Antwort von massgebender deutscher Stelle. Sie konnte nicht wohl anders ausfallen als die nunmehr von Curtius abgegebene Erklärung. Immerhin sollten alle Beteiligten darauf bedacht sein, trotz aller Verärgerung nicht nur auf die Wahrung der Würde bedacht zu sein. Wenn man allzusehr auf genaue Abrechnung sieht, dann läuft man stets Gefahr, den Blick auf nicht entscheidende Einzelheiten zu konzentrieren, statt auf das Ziel: die beiden Teilen nützliche Wiederverständigung.

Rechtsrücken im Reichstag

Der Aeltestenrat des Reichstages hat gestern nachmittag in einer mehrstündigen Sitzung die Neuregelung der Diätenfrage einem Unterausschuss überwiesen, der möglichst im Einvernehmen mit dem preussischen Landtag vorgehen soll. Ein Wunsch der Deutschnationalen, ihre Sitze im Reichstag rechts von den Nationalsozialisten angewiesen zu erhalten, wurde nicht genehmigt, da die Nationalsozialisten widersprachen.

Die sechs volksnationalen Abgeordneten erhalten dagegen

ihrem Wunsche entsprechend ihre Sitze zwischen den Christlichsozialen und der Deutschen Volkspartei.

Kommunistische und nationalsozialistische Anregungen wegen einer früheren Einberufung des Reichstages wurden abgelehnt, da nach der Ansicht der Mehrheit des Aeltestenrates die Vertagung zum 3. Dezember einen festen Beschluss darstellt, an dem nichts geändert werden kann.

Verschiedene strittige Fragen der Geschäftsordnung, namentlich wegen der Abstimmungen, wurden dem Geschäftsordnungsausschuss überwiesen.

Die freie Hand

Bei der Abstimmung im Auswärtigen Ausschuss über die Abrüstungsfrage fiel es auf, dass die Deutschnationalen sich von der Mehrheit ausschlossen und Stimmenthaltung geübt haben. Sie fühlen nun nachträglich, nachdem in etlichen Blättern der Rechten diese Haltung übel vermerkt wurde, das Bedürfnis, sich zu rechtfertigen und geben nun eine langatmige Erklärung heraus, wonach der Antrag nur ein Ablenkungsmanöver gewesen sei. Grossartig heisst es da: „Es fehlt in diesem Antrag die unzweideutige Feststellung, dass Deutschland, falls die Vertragsmächte ihren Verpflichtungen weiterhin nicht nachkommen, in der Rüstungsfrage auch wieder freie Hand erhält und entschlossen ist, diese Freiheit des Vertrauens zu benutzen.“ Da haben wir's! Es wäre nichts weiter nötig gewesen, als eine Entschliessung des Auswärtigen Ausschusses: basta, wir sind mit dem Stand der Abrüstung unzufrieden, wir rüsten jetzt auf. Und siehe da, wir hätten die Reichswehr zu einem Millionenheer anschwellen lassen, die Tanks wären am laufenden Band fabriziert worden. Und die staunenden Nachbarn hätten mit verschränkten Armen zugesehen, nicht wahr, Herr Hugenberg? Das heisst doch: freie Hand! Die Deutschnationalen schätzen wirklich den Verstand des normalen Zeitungslesers sehr gering ein, wenn sie derartige lächerliche Erklärungen vom Stapel zu lassen wagen.

Heute wird wieder allgemein gearbeitet

Nur 32 847 Metallarbeiter für Streikfortsetzung

Die Urabstimmung über die Beendigung des Streiks in der Berliner Metallindustrie ist gestern Abend zu Ende geführt worden. An der Abstimmung beteiligten sich 73 278 Metallarbeiter. Von diesen stimmten für Weiterführung des Streikes 32 847, für Beendigung 40 431. Nicht teilgenommen an der Abstimmung haben 62 165 Metallarbeiter, darunter die Belegschaften der Siemenswerke, der A. E. G. Brunnenstrasse und der A. E. G. Turbinen, die schon am gestrigen Morgen die Arbeit wieder aufgenommen. Insgesamt werden in den Betrieben des Verbaes Berliner Metallindustrieller, die bestreikt wurden, rund 140 000 Arbeiter beschäftigt.

Mit dieser Abstimmung ist der Streik in der Berliner Metallindustrie beendet. Eine Weiterführung des Streikes wäre nur dann möglich gewesen, wenn sich 1/3 aller Beschäftigten für die Nichtaufnahme der in der Zerknerkommission getroffenen Vereinbarung eingesetzt hätten. Die Obleute der Streikleitung versammelten sie hoch gestern Abend. Von der Konferenz aus wurde ein Aufruf herausgegeben, wonach sich sämtliche im Streik befindlichen Arbeiter im Laufe des heutigen Tages / zu dem üblichen Schichtbeginn in den einzelnen Werken melden sollen. Sollte es der revolutionären Gewerkschaftsopposition gelingen, noch einen Teilstreik aufrechtzuerhalten,

so würde dieser Streik als wild gelten. Der Passus der Vereinbarung, dass Massregelungen auf Grund des Streikes nicht stattfinden dürfen, könnte also auf weiter im Streik Verharrende keine Anwendung finden. Nach dieser Sachlage dürfte die Arbeit in fast sämtlichen Betrieben wohl im Laufe des Tages wieder aufgenommen werden. *

Es hat sich bei dem Streik um einen Abwehrkampf gehandelt. Die Forderung der Unternehmer ging bei der Kündigung des Lohnabkommens auf einen 15prozentigen Lohnabbau. Dann war durch einen Schiedsspruch bestimmt worden, dass eine Lohnsenkung von sechs bis acht Prozent eintreten solle. Auf Grund des Schiedsspruchs sind die Metallarbeiter in den Streik getreten. Als Erfolg können die Metallarbeiter verbuchen, dass der Schiedsspruch durch die Vereinbarung im Reichsarbeitsministerium nicht mehr besteht. Die Arbeit wird vorläufig zu den Bedingungen des alten Tarifes wieder aufgenommen. Das neue Schiedsgericht, das Anfang November zusammenzutreten werde, muss, wie wir schon gestern betont haben, bei seinem Spruch den durch den Abwehrkampf geschaffenen neuen Verhältnissen Rechnung tragen.